

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuß**

51. Sitzung

am Mittwoch, dem 10. Februar 1999, 10:00 Uhr  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Uwe Eichelberg (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Gisela Böhrk (SPD)

Abg. Helmut Plüschau (SPD)

in Vertretung von Dr. Jürgen Hinz

Bernd Schröder (SPD)

Klaus Haller (CDU)

Silke Hars (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Heinz Maurus (CDU)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Ingrid Franzen (SPD)

Wolfgang Baasch (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

**Fehlende Abgeordnete**

Klaus-Dieter Müller (SPD)

**Weitere Anwesende**

siehe Anlage

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Zweigleisiger Ausbau der Strecke Niebüll - Westerland</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1113	
<b>2. Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr zur geplanten Stilllegung der Schienentrasse Flensburg - Niebüll</b>	<b>6</b>
<b>3. Aufnahme von Überlegungen zur Planung und Realisierung eines Ersatzbauwerkes für die Eisenbahnhochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/219	
hier: Sachstandsbericht durch das MWTV, insbesondere auch zu einer „Tunnel-Studie“ der Bahn AG	
<b>4. Vergabe von Dienstleistungen im Bau-, Planungs- und Beratungsbereich</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1371	
<b>5. Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1373	
<b>6. Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie</b>	<b>12</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1515	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1569	
<b>7. Agenda 2000 - Legislativvorschläge der EU-Kommission zur Strukturhilfe</b>	<b>13</b>

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1647

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1652

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1710

**8. Abschaffung des Gesetzes über den Ladenschluß 15**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1767

**9. Abschaffung der Meldepflicht und Rücknahme des Bewerbungszwangs 16**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/1749

**10. Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen 17**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1783

**11. Verschiedenes 17**

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Zweigleisiger Ausbau der Strecke Niebüll - Westerland**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1113

hierzu: Umdrucke 14/1441, 14/1544, 14/1551, 14/1557, 14/1564, 14/2546,  
14/3028

(überwiesen am 11. Dezember 1997)

AL Dr. Eggers knüpft daran an, daß der Ausschuß am 4. Februar 1998 zu diesem Tagesordnungspunkt auch den Konzernbeauftragten der DB AB gehört habe. Obwohl seitdem ein Jahr vergangen sei, gebe es keine wesentlichen neuen Erkenntnisse; das heiße, die Untersuchungen, die seinerzeit von der DB AG angekündigt worden seien, lägen dem MWTV noch nicht vor. Dem MWTV sei jedoch übermittelt worden, daß das Untersuchungsergebnis nunmehr im Frühjahr 1999 vorgelegt werden solle. Man werde voraussichtlich im März d. J. zunächst einmal intern eine Besprechung zu diesem Thema durchführen und dann auch überlegen, wie man verfahren werde.

Zu den Baumaßnahmen, die seinerzeit angekündigt worden seien, sei zu berichten, daß die Maßnahmen in Morsum und in Keitum - dort sollten Bahnsteige neu gestaltet werden - für das Jahr 2000 vorgesehen seien und eine Bahnsteigmaßnahme für Klanxbüll für das Jahr 2002. Noch nicht abgeklärt durch den Bereich DB-Station und -Service sei die Finanzierung dieser Maßnahmen.

Nach einer kurzen Aussprache spricht der Ausschuß auf der Grundlage des von Abg. Maurus vorgelegten Änderungsantrages Umdruck 14/3028 einstimmig die Empfehlung an das Plenum des Landtages aus, den Antrag Drucksache 14/1113 in der insoweit geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr  
zur geplanten Stilllegung der Schienentrasse Flensburg - Niebüll**

AL Dr. Eggers erinnert eingangs daran, daß das Eisenbahnbundesamt die Stilllegung der Strecke verfügt habe. Dies sei gegen den Rat des MWTV geschehen. Das MWTV habe in einer Stellungnahme vom 30. Dezember 1998 gebeten, mit möglichen Interessenten erneut Verhandlungen aufzunehmen; dies sei nach Einschätzung des MWTV unterblieben. Die Landesregierung bedauere daher, daß das Eisenbahnbundesamt diesem Rat nicht gefolgt sei. Nachdem einer der Interessenten Widerspruch gegen diese Verfügung eingelegt habe, habe das MWTV mit der DB AG Netz Kontakt aufgenommen und inzwischen auch eine Bereitschaft der Bahn erreicht, doch noch einmal Gespräche mit möglichen Interessenten nicht nur für einen Betrieb, sondern auch für die Übernahme der Infrastruktur zu führen. Es gebe ein Infrastrukturunternehmen aus Schleswig-Holstein, daß ein solches Interesse bekundet habe. Damit sei die Sache aber noch nicht perfekt, sondern es müßten zunächst noch die Randbedingungen abgeklärt werden. Aber möglicherweise könnten dann die Interessen dieses Infrastrukturunternehmens und des Betreibers zusammengeführt werden.

Abg. Bernd Schröder erklärt, die SPD unterstütze nachhaltig die Bemühungen, dafür Sorge tragen zu wollen, daß in Schleswig-Holstein nicht noch mehr Strecken stillgelegt würden. Er verweist darauf, daß es hier durchaus Interesse der NVAG und der Kappeler Museumsbahn gebe. Die Beachtung dieses Interesses sollte auch vom Landtag her unterstützt werden.

Auf in der folgenden Aussprache aufgeworfene Fragen erwidert AL Dr. Eggers u. a., wenn ein anderes Eisenbahninfrastrukturunternehmen - zum Beispiel die NVAG - die Strecke übernehme, wäre dieses Unternehmen Eigentümer der Strecke und hätte auch die Verkehrssicherungspflicht dafür. Die Museumsbahn habe sich demgegenüber in erster Linie dafür interessiert, auf dieser Strecke weiter fahren zu können. Im Landesweiten Nahverkehrsplan sei die Strecke als Option ausgewiesen worden, und man habe Überlegungen für den Fall einer Stilllegung der Strecke dahin gehend angestellt, hier zumindest eine Trassensicherung mit der Bahn zu vereinbaren, so daß die Strecke nicht abgebaut werde, sondern die Möglichkeit für eine Reaktivierung der Strecke offengehalten werde. Dafür hätte man allerdings einen Preis zahlen müssen, weil insbesondere die Bahn bei der Aufrechterhaltung der Gleisinfrastruktur bei Bahnübergängen einen entsprechenden Aufwand für die Verkehrssicherung habe. Hierbei stünden 110.000 DM in Rede. Da es das Petitum der Landesregierung sei, daß die Bahn zunächst einmal mit

ernsthaften Interessenten verhandele, sei ein solcher Trassensicherungsvertrag noch nicht abgeschlossen worden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Aufnahme von Überlegungen zur Planung und Realisierung eines Ersatzbauwerkes für die Eisenbahnhochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/219

(überwiesen am 27. September 1996)

hier: Sachstandsbericht durch das MWTV, insbesondere auch zu einer „Tunnel-Studie“ der Bahn AG

AL Dr. Eggers erklärt, daß auch das MWTV von der Meldung der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ überrascht worden sei, daß die Bahn Überlegungen anstelle, das Eisenbahnbrückenbauwerk durch einen Tunnel zu ersetzen. Allerdings habe man sehr schnell feststellen müssen, daß in diesem Punkt ein Mitarbeiter der DB AG in der Zeitung falsch wiedergegeben worden sei. Die DB AG habe dies auch gegenüber Abg. Neugebauer schriftlich dargelegt. - Die Ausschußmitglieder kommen an dieser Stelle überein, Abg. Neugebauer zu bitten, diesen Brief der DB AG dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen.

Die DB AG habe klargestellt, daß es eine derartige Studie nicht gebe, sondern daß die DB AG vielmehr im Rahmen langfristiger Überlegungen intern einmal grob abgeschätzt habe, wo gegebenenfalls ein Tunnel beginnen und wo enden könnte. Die Bahn habe in diesem Zusammenhang betont, daß bei ihr keine verwertbaren Unterlagen vorhanden seien, die dazu zur Verfügung gestellt werden könnten, und daß sie ohne Abstimmung mit der zuständigen Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auch nicht in solche konkreten Untersuchungen eintreten würde. Auch die in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ abgedruckte Skizze stamme nicht von der DB AG.

Abg. Bernd Schröder erklärt, er bedauere, daß man hierzu heute keine positive Stellungnahme entgegennehmen konnte, nichtsdestotrotz sei der dieser Beratung zugrunde liegende Antrag Drucksache 14/219 aktueller denn je, um die Zukunftsprobleme Schleswig-Holsteins bei der Bewältigung der Güterverkehre aus dem Norden durch Schleswig-Holstein tatsächlich lösen zu können. - Abg. Hentschel schlägt vor, die Drucksache 14/219 in dieser Sitzung mit einer Empfehlung an das Plenum zu versehen und hier die Bitte an die Landesregierung auszusprechen, für den Diskussions- und Entscheidungsprozeß diesbezüglich mehr Informationen zu besorgen, die dann fundierte Beratungsgrundlage sein könnten. - Abg. Schmitz-Hübsch erklärt,



aus allen bisher gehörten Informationen habe sie den Eindruck gewonnen, daß die Eisenbahnhochbrücke dann, wenn die Restaurierung abgeschlossen sei, mindestens noch 25 bis 30 Jahre verkehrstüchtig sein werde. Sie stellt heraus, daß der eigentliche Schienenengpaß auf der Strecke Pinneberg - Elmshorn zu sehen sei und daß dieses Problem vorrangig gelöst werden müsse. In Anbetracht der Tatsache, daß für die Beseitigung dieses Engpasses an Mittel in der Größenordnung von 300 Millionen DM zu denken sei, für den Tunnel als Ersatzbauwerk für die Brücke geschätzte Kosten von insgesamt 1 Milliarde DM in Rechnung zu stellen wären, stelle sich für sie die Aktualität des Antrages Drucksache 14/219 im Augenblick gar nicht. - Abg. Aschmoneit-Lücke weist an dieser Stelle auf die Formulierung in dem Antrag hin, daß aufgefordert werden solle, „mit Überlegungen zur Planung eines Ersatzbauwerkes ... zu beginnen.“ Diese Überlegungen könnten ja unbeschadet der Tatsache angestellt werden, daß es andere Maßnahmen mit höherer Priorität gebe.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie einer Stimme aus den Reihen der CDU bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen bei der CDU spricht der Ausschuß die Empfehlung an das Plenum des Landtages aus, den Antrag Drucksache 14/219 unverändert anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Vergabe von Dienstleistungen im Bau-, Planungs- und Beratungsbereich**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1371

hierzu: Umdrucke 14/2035, 14/2044, 14/2114, 14/2189, 14/2219, 14/2224,  
14/2242 bis 14/2244, 14/2249, 14/2250, 14/2252,  
14/2253, 14/2882

(überwiesen am 25. März 1998 an den Wirtschaftsausschuß, den Innen- und  
Rechtsausschuß und den Finanzausschuß)

Die Ausschußmitglieder kommen nach einem Hinweis von Abg. Benker überein, vor einer endgültigen Befassung mit der Vorlage eine schriftliche Stellungnahme des Innenministers zu der Frage zu erbitten, inwieweit das zum 1. Januar 1999 in Kraft getretene Vergaberechtsänderungsgesetz des Bundes Auswirkungen auf das Vergabeverfahren für das Land und die Kommunen habe.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1373

hierzu: Umdrucke 14/1886, 14/1968, 14/2133, 14/2134, 14/2180, 14/2736,  
14/2745, 14/2746, 14/2749, 14/2751, 14/2754, 14/2756,  
14/2759 bis 14/2761, 14/2767, 14/2770, 14/2776,  
14/2800, 14/2920

(überwiesen am 26. März 1998 an den Umweltausschuß, den Sozialausschuß,  
den Wirtschaftsausschuß, den Innen- und Rechtsausschuß und den Agraraus-  
schuß)

Auf Wunsch von Abg. Schmitz-Hübsch, die noch Beratungsbedarf für ihre Fraktion signalisiert, wird die Beratung dieses Tagesordnungspunktes ausgesetzt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1515

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1569

hierzu: Umdrucke 14/2298, 14/2302, 14/2303, 14/2322, 14/2472, 14/2481,  
14/2488, 14/2501, 14/2510 bis 14/2512, 14/2514,  
14/2531, 14/2538, 14/2539, 14/2609

(überwiesen am 3. Juli 1998)

Abg. Schmitz-Hübsch erklärt unter Bezugnahme auf die Erörterung dieses Tagesordnungspunktes in den vorangegangenen Sitzungen, daß die CDU-Fraktion mit der Verabschiedung des Antrages nicht warten wolle, bis die von M Bülck angekündigte Machbarkeitsstudie vorliege. - Abg. Bernd Schröder beantragt ebenfalls unter Hinweis auf die in der vorangegangenen Sitzung ausgetauschten Argumente die Annahme der Drucksache 14/1515 in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1569 bei Berücksichtigung einer Änderung des dort gesetzten Termins in „bis zum Herbst 1999“.

In der folgenden Abstimmung spricht der Ausschuß mit der Mehrheit von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU die Empfehlung an das Plenum des Landtages aus, den Antrag Drucksache 14/1515 in folgender Fassung anzunehmen:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die bisherigen Arbeitsergebnisse der Schleswig-Holstein Initiative zur Technologienutzung im Bereich der Biotechnologie auszuwerten und auf dieser Grundlage die Notwendigkeit eines eigenständigen Innovations- und Gründerzentrums Biotechnologie und gegebenenfalls Alternativen dazu zu prüfen und das Ergebnis dem Landtag bis zum Herbst 1999 vorzulegen.“

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Agenda 2000 - Legislativvorschläge der EU-Kommission zur Strukturhilfe**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1647

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1652

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1710

(überwiesen am 8. Oktober 1998 an den Europaausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

M Bülck nennt Eckpunkte der Neuordnung der EU-Strukturfondsförderung im Rahmen der Agenda 2000 und beschreibt den aktuellen Stand der Reformüberlegungen (s. Umdruck 14/3050). - In der folgenden Aussprache erklärt M Bülck auf die Frage von Abg. Schmitz-Hübsch, ob das Land bereit sei, über die GA-Förderung und die EU-Förderung hinaus weiterhin in den strukturschwachen Gebieten des Landes zu fördern, daß die Landesregierung dies im Regionalprogramm 2000 wieder angekündigt habe, nachdem dieser Punkt auch schon vor seiner Amtsaufnahme diskutiert worden sei. Das Land wäre dazu bereit. - Abg. Schmitz-Hübsch nimmt ebenfalls auf diese in der Vergangenheit geführte Diskussion Bezug und erklärt, daß in dem Zusammenhang vom damaligen Wirtschaftsminister erklärt worden sei, daß finanzielle Eigenleistungen aus der Region heraus erforderlich wären. - M Bülck verdeutlicht, daß zunächst einmal gesehen werden müsse, welche Leistungen aus der GA-Förderung und aus der EU-Förderung fließen würden. Hierbei müsse im Prinzip das Ziel verfolgt werden, die alte Fördergebietskulisse zu erhalten. Im Regionalprogramm 2000 sei dann ein Paket geschnürt worden, das die eben schon angesprochenen drei Fördermöglichkeiten anspreche. Dieses Paket sei im Kabinett noch nicht beschlossen worden, aber realistischerweise sei dies auch erst dann möglich, wenn man genau wisse, wie die gesamte Fördergebietskulisse künftig aussehen werde.

Auf Fragen von Abg. Hars erwidert RL Balduhn, daß der erste regionale Workshop am 19. Mai 1998 in Flensburg stattgefunden habe; der nächste werde am 1. März 1999 in Meldorf stattfinden. Die Leitlinien der Kommission seien als Entwurf angekündigt worden. Die nächste Förderperiode werde sich auf die Jahre 2000 bis 2006 erstrecken.

Zur Behandlung der vorliegenden Anträge macht Abg. Hentschel deutlich, daß er den CDU-Antrag für falsch halte, weil er die vorgelegten Pläne generell ablehne. Er spricht sich dafür aus, auch im Wege der Antragstellung den Prozeß zu befürworten, aber auch dazu Stellung zu nehmen, wie man im einzelnen zu diesem Prozeß stehe. Dies bedeute Hinweise auf die Qualität der Kriterien und die Frage der Gebietskulissenausrichtung und so weiter. Diesem Petitem entspreche der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Noch einmal zur inhaltlichen Debatte über die Ausführungen von M Bülck fragt Abg. Schmitz-Hübsch nach der Ausrichtung des neuen Zieles 2, und zwar hier konkret danach, ob in Zukunft auch wieder einzelbetriebliche Förderung möglich sein werde. - M Bülck stellt klar, daß zur Zeit noch offen sei, wie das Programm letztlich ausgestaltet werde. In dem Zusammenhang sei es durchaus möglich, daß die Kommission unter „Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen“ sowohl Wirtschaftsinfrastruktur, Gewerbegebiete als auch Förderprogramme verstehe, die auf einzelne Unternehmen zugeschnitten seien. Die abschließenden Beratungen hierüber - dies sei zu wiederholen - hätten jedoch noch nicht stattgefunden.

Abg. Schmitz-Hübsch kommt sodann auf die Bewertung durch Abg. Hentschel bezüglich des CDU-Antrages zurück und betont, daß die große Sorge der CDU bei der Formulierung des Antrages im August gewesen sei, daß das Ziel 5 b im neuen Ziel 2 aufgehe und daß so die ländlichen Räume nicht mehr ausreichend berücksichtigt würden. Aus diesem Grund sei der Antrag so wie vorliegend formuliert worden. Rücksprachen mit CDU-Mitgliedern im Europaausschuß hätten jedoch inzwischen ergeben, daß auch die CDU-Fraktion erwäge, in die abschließenden Beratungen des Europaausschusses ein modifiziertes Papier einfließen zu lassen.

Im folgenden beschließt der Wirtschaftsausschuß, dem federführenden Europaausschuß zu empfehlen, die Beratung der Anträge für das Februar-Plenum anzumelden und die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der F.D.P. und gegebenenfalls weitere für die Sitzung des Europaausschusses angekündigte Vorlagen von CDU und SSW in ein möglichst einvernehmlich formuliertes Papier an den Landtag einfließen zu lassen. Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1647, wird in seiner jetzigen Fassung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ablehnung empfohlen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Abschaffung des Gesetzes über den Ladenschluß**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1767

(überwiesen am 11. November 1998 an den Sozialausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses empfehlen dem federführenden Sozialausschuß einstimmig, dem Landtag vorzuschlagen, den Antrag Drucksache 14/1767 unverändert anzunehmen.

Abg. Bernd Schröder spricht sich an dieser Stelle schon dafür aus, in die auf die Beschlußfassung durch das Plenum folgenden Anhörung Vertreter des Einzelhandels, der Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammern und von Tourismusverbänden von Ostsee- und Nordseeküste einzubeziehen. - Abg. Schmitz-Hübsch schlägt vor, den Sozialausschuß zu bitten, diese Anhörung gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuß durchzuführen. Über die konkrete Benennung von Anzuhörenden aus Sicht des Wirtschaftsausschusses sollte zu gegebener Zeit noch einmal beraten werden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Abschaffung der Meldepflicht und Rücknahme des Bewerbungszwangs**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/1749

(überwiesen am 11. November 1998 an den Sozialausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Im Ausschuß besteht Einigkeit in der Bewertung, daß Teile der Auflagen, die in der Ursprungsfassung des Antrages genannt worden sind, inzwischen aufgehoben wurden, so daß insofern der Antrag in der vorliegenden Form nicht beschlossen werden kann. - Abg. Spooren-donk kündigt einen Änderungsantrag an, den sie zu den Beratungen im Sozialausschuß vorlegen wird. Danach wird sich der Wirtschaftsausschuß erneut mit diesem Thema befassen.



Punkt 10 der Tagesordnung:

**Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen**

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1783

(überwiesen am 9. Dezember 1998 an den Sozialausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Auf Wunsch der Antragstellerin, die feststellt, daß die Entwicklungen bezüglich der Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen derzeit noch im Fluß sind, wird die Beratung dieses Tagesordnungspunktes verschoben.

Unter Punkt 11 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, kommen die Ausschußmitglieder überein, in diesem Jahr der Hannover-Messe einen Besuch abzustatten und am 28. April 1999 die Fachhochschule Westküste in Heide zu besuchen, und zwar vormittags in der Zeit von 10 bis 13 Uhr.

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Eichelberg  
Vorsitzender

gez. Neil  
Geschäfts- und Protokollführer